

Wissen

München stellt Weichen gegen freie Software in der Verwaltung

Die Nutzung von Open-Source-Software in der Münchener Verwaltung steht kurz vor dem Aus. Entgegen vieler Befürchtungen wurde das Projekt „LiMux“ aber noch nicht endgültig abgeschlossen.

am 15.02.2017 Markus Reuter / 17 Kommentare / Teilen

Der Stadtrat von München hat heute mit den Stimmen von SPD und CSU die Entscheidung über die weitere Nutzung von Linux in der Münchener Verwaltung vertagt. Statt des befürchteten direkten Abschieds vom Projekt „LiMux“ soll jetzt ein Konzept erarbeitet – und dann erneut abgestimmt werden. Der [Beschluss des Stadtrates](#) lässt sich aber als eine Art Vorentscheidung gegen LiMux werten:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept zu erstellen, wie auf Basis des neu zu entwickelnden Windows-Basis-Clients bis spätestens zum 31.12.2020 eine stadtweit einheitliche Client-Architektur geschaffen werden kann. Bei den Standardfunktionalitäten (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationsprogramm, PDF-Reader, E-Mail-Client, Internetbrowser) sind dabei stadtweit einheitlich marktübliche Standardprodukte einzusetzen, die eine höchst mögliche Kompatibilität nach intern und extern sowie zu anderen Software-Produkten (z. B. SAP) gewährleisten. In der Übergangszeit wird es den Referaten und Eigenbetrieben freigestellt, unter Berücksichtigung der individuellen technischen Gegebenheiten den neu entwickelten Windows-Basis-Client mit den vorgenannten Standardprodukten einzusetzen oder weiterhin eine gemischte Client-Architektur (Windows/LiMux) zu betreiben.

Nach Vorlage des Konzeptes soll der Stadtrat dann endgültig entscheiden, wie es weitergeht. München hatte im Jahr 2003 die Einführung von Linux, Libre Office und anderen Open-Source-Programmen beschlossen und die Migration zu diesen im Jahr 2013 abgeschlossen. Die Open-Source-Software hatte bislang keinen leichten Stand in München. Frustrationen bei Angestellten mit alten Softwareversionen und eine Blockadepolitik in Teilen der Verwaltung verhinderten ein einheitliches Ausrollen der Software. Diese Probleme werden auch in einer von der Stadt beauftragten Studie beschrieben. Sie sieht organisatorische und strukturelle Probleme der IT in München, empfiehlt aber gerade nicht die Rückführung zu Microsoft-Produkten.

LiMux ist stärker unter Druck geraten, seit 2014 mit Dieter Reiter ein ausgewiesener Microsoft-Freund Oberbürgermeister wurde. Reiter war als Wirtschaftsreferent daran beteiligt, die Microsoft-Zentrale nach München zu holen.

Vertreter von Open-Source-Verbänden halten eine [Rückkehr zu geschlossenen Systemen für einen falschen Schritt](#), der die Selbstbestimmung der Verwaltung einschränke und gleichzeitig für mehrere Jahre die Effizienz der Verwaltung wegen der erneuten Umstellung reduziere.

Wissen

Kommentar: Die Abkehr von freier und unabhängiger Software in München wäre falsch

Die Stadt München entscheidet am Mittwoch, ob sie den Einsatz freier Software rückgängig macht. Das würde nicht nur ein wichtiges Leuchtturmprojekt beenden, sondern die Effizienz der Verwaltung über Jahre reduzieren. Ein Gastkommentar.

am 14.02.2017 Gastbeitrag / 21 Kommentare / Teilen

Dies ist ein Gastkommentar von [Björn Schießle](#). Björn ist stellvertretender Koordinator des deutschen Teams der Free Software Foundation Europe.

Bereits diesen Mittwoch soll die Entscheidung fallen: München (unter Ltg. von **Dieter Reiter**) will bis 2021 die Nutzung des GNU/Linux-Desktop-Clients „LiMux“ abbrechen und damit ein erfolgreiches Leuchtturmprojekt beenden. Doch der Reihe nach:

Im Jahr 2003 entschied München unter der damaligen Leitung von Oberbürgermeister Christian Ude, die Abhängigkeit von einem Softwareanbieter aufzubrechen. Stattdessen sollte auf **herstellerunabhängige Lösungen, basierend auf freier Software und GNU/Linux**, gesetzt werden. 2013 war die Migration abgeschlossen. Seitdem laufen 15.000 Arbeitsplätze mit GNU/Linux und der Bürolösung **LibreOffice**.

Bei der letzten Wahl 2014 trat Christian Ude nicht mehr an und neuer Oberbürgermeister wurde Dieter Reiter.

Dieser war als Wirtschaftsreferent in die Entscheidung involviert, die dazu geführt hatte, dass Microsoft seine Deutschlandzentrale nach München verlegt. Seitdem werden immer wieder Gerüchte in die Welt gesetzt, welche die Mängel der LiMux-Lösung belegen sollen. So werden Verzögerungen bei der Bereitstellung des Diensthandys des Oberbürgermeisters und ein Ausfall der damals bereits in der Ablösung befindlichen Mail-Server mit Freier Software in Zusammenhang gebracht, obwohl beides nachweislich nichts mit LiMux zu tun hat. Um die Situation der IT in der bayerischen Hauptstadt genauer zu untersuchen, wurde daraufhin das Unternehmen Accenture beauftragt, welches sich in München das Büro mit Microsoft teilt und gemeinsame Feiern veranstaltet.

Trotz der Nähe zu Microsoft hat die Accenture-Studie ausdrücklich nicht empfohlen, die LiMux-Strategie zu beenden. Vielmehr standen die Probleme bei der Verwaltung im Vordergrund.

Halbherzig umgesetzte Zentralisierung als Problem

Die Studie zeigt, dass die Probleme aus einer nur halbherzig umgesetzten Zentralisierung der IT-Infrastruktur stammen. Etliche Referate wurden nicht angetastet und betreiben seit Jahren Blockadepolitik, was zu Problemen bei der Bereitstellung aktueller Software führt. Veraltete, uneinheitliche Software hat bei etlichen Nutzern zu großer Frustration geführt. Dies betrifft insbesondere den Windows-Client, der nun vollständig von Grund auf neu aufgebaut werden muss. Aber auch LiMux hatte mit diesen Problemen in der Verwaltungsstruktur zu kämpfen. Das Ergebnis für die Nutzer war Frustration, auch bei den Mitarbeitern der städtischen IT-Betriebe. So hat die IT neben den administrativen Hürden auch mit personeller Unterbesetzung zu kämpfen. All dies hat auch Accenture festgestellt und vorgeschlagen, die administrative Struktur zu verbessern und punktuelle Updates bei LiMux möglichst schnell durchzuführen, damit die Mitarbeiter der Stadt bei ihrer Arbeit weniger Frustrationen ausgesetzt sind.

Neuer Oberbürgermeister holte Microsoft-Zentrale mit nach München

Warum Oberbürgermeister Dieter Reiter nun das Gegenteil der darin ausgesprochenen Empfehlungen unter striktem Fraktionszwang durch den Stadtrat peitschen will, weiß nur er. Wenn die Stadt sich einen externen Partner für die Verbesserungen wünscht, muss das trotzdem nicht **zwingend Microsoft** sein. Die notwendige Expertise kann auch bei zahlreichen regionalen IT-Dienstleistern gefunden werden, die zumindest bei freien Systemen die Möglichkeit haben, technische Verbesserungen herbeizuführen.

Mit solch einer Entscheidung könnte dann unter Einsatz der bestehenden Systeme die örtliche IT-Wirtschaft gefördert werden

– ohne dass hohe Kosten für eine Rückmigration zu unfreier Software anfallen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Stadträte die Situation unabhängig vom Oberbürgermeister bewerten und sich nicht auf eine „**Hau-Ruck-Rückmigration**“ einlassen. Die Bürger der Stadt München dürfen sich sonst auf ein paar Jahre mit deutlich reduzierter Verwaltungseffizienz einstellen, da auch viele gut eingespielte Verwaltungsprozesse zu den Opfern dieser Entscheidung gehören sollen. Wie in dem Zeitraum sinnvolle Anforderungsanalysen und Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden sollen, steht ebenso in den Sternen wie die Frage der für die Landeshauptstadt München entstehenden Kosten.

Freie Software gibt Verwaltungen mehr Selbstbestimmung

Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger muss freie Software weiterhin eine wichtige Rolle in der Verwaltung der Stadt München spielen. Die Stadt darf sich nicht wieder in die Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter begeben, sondern muss die Kontrolle über die eigene Infrastruktur behalten. Dies gilt generell für die öffentliche Verwaltung, aber insbesondere für die Stadt München, die bereits einen großen Schritt in die richtige Richtung gegangen ist.

Nun umzukehren wäre die falsche Entscheidung, denn freie Systeme, bei denen die städtische Verwaltung selbst bestimmt, was diese Systeme tun, sind eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft in einer zunehmend technisierten Welt.

Unser Gastautor hat in seinem Blog eine Liste von [kritischen Fragen](#) zu der Entscheidungsfindung in München veröffentlicht.

Zum besseren Verständnis, der vorstehende Vorgang hat rein gar nichts zu tun mit Vernunft:

Süddeutsche Zeitung

SZ.de Zeitung Magazin

Münchens OB-Kandidat Reiter und der FC Bayern. Günstige Verbindung (20. Juni 2013)

Münchens OB-Kandidat Reiter und der FC Bayern. Von Silke Lode und Frank Müller

Der FC Bayern spendierte Münchens Wirtschaftsreferent Dieter Reiter Ticket, Flug und Hotel für das Champions-League-Finale in London, obwohl städtische Mitarbeiter keine Geschenke annehmen dürfen.

Doch das kümmert den SPD-Oberbürgermeisterkandidaten nicht, im Gegenteil.

Dieter Reiter ist ein leidenschaftlicher Fan des FC Bayern München, daraus macht der Wirtschaftsreferent und OB-Kandidat der SPD keinen Hehl. Deshalb überraschte es zunächst nicht, dass nicht Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), seit Jahrzehnten ein Löwen-Anhänger, sondern Reiter nach London zum Champions-League Finale zwischen dem FC Bayern und Borussia Dortmund gefahren ist. Doch wie die *Süddeutsche Zeitung* nun erfahren hat, hat Reiter sich vom FC Bayern zu weit mehr als dem Besuch im Wembley-Stadion am 25. Mai einladen lassen. Der SPD-Politiker Reiter bestätigt, dass ihm auch der Flug, die Übernachtung und die Feier nach dem Spiel von dem Fußballklub bezahlt worden sind.

**Reiter sei nicht als offizieller Vertreter der Stadt nach London gereist,
heißt es aus dem Wirtschaftsreferat - sondern auf persönliche Einladung.**

Reiter hält die Angelegenheit für unproblematisch: "Ich habe das getan, was man von mir als Wirtschaftsreferent erwarten kann: Die Einladung eines renommierten Unternehmens angenommen. Und ich habe das getan, was man als Beamter tut ..

Geschenke sind genehmigungspflichtig

Die London-Reise steht allerdings im Gegensatz zu den Richtlinien, die für städtische Mitarbeiter gelten - und damit zumindest für Dieter Reiter und Paul Müller. So sind alle Geschenke, die mehr als 15 Euro wert sind, genehmigungspflichtig.

**Die Annahme von Flugtickets ist grundsätzlich verboten,
Hotelkosten dürfen nur bezahlt werden, wenn jemand als
Moderator oder Referent an einer Veranstaltung teilnimmt.**

Diese Regeln gelten auch für städtische Spitzenbeamte wie Reiter - das hat OB Ude vor gut einem Jahr klargestellt. Bewirtungen seien "im angemessenen Rahmen" in Ordnung, ansonsten hatte Ude "das nötige Fingerspitzengefühl" angemahnt.

Die Einladung des FC Bayern dürfte indes eine vierstellige Summe wert sein, allein für das Bankett nach dem Spiel haben Selbstzahler 400 Euro berappt.

Der Club stellt hierfür der Staatskanzlei eine Rechnung.

In prominenter Gesellschaft

Reiter war nicht der einzige bayerische Politiker im Wembley-Stadion. Ebenfalls angereist waren Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und der Chef der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher. Beide gingen mit ihren Reisekosten allerdings völlig anders um.

Seehofer, der alleine reiste, ließ nach Auskunft der Staatskanzlei den Flug selbst über sein Büro buchen, der Hotelaufenthalt sei vom FC Bayern arrangiert worden. Der Club stellt hierfür der Staatskanzlei eine Rechnung. Beide Posten übernimmt damit der Steuerzahler, wie es bei dienstlichen Reisen Seehofers üblich ist. Das VIP-Ticket für Seehofer habe die Uefa zur Verfügung gestellt.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war von Uefa-Präsident Michel Platini ins Stadion eingeladen worden, laut einem Sprecher hat der Fußballverband aber keine weiteren Kosten für sie übernommen.

Rinderspacher war zwar auch im Stadion, aber privat. Er sei mit seinem Sohn nach London gefahren und habe sich selbst um Tickets, Flug und Hotel bemüht und alles privat bezahlt, so der SPD-Politiker. Dass die Spitzen von Stadt und Staat bei einem solchen Anlass präsent seien, halte er grundsätzlich für legitim.

Zur London-Reise seines Parteifreundes wollte er sich aber nicht äußern.

Dieter Reiter selbst zeigt sich unbeeindruckt davon, dass andere Politiker sich über das Spiel hinaus nicht haben einladen lassen: "Ich habe mir nichts vorzuwerfen", sagt Reiter. "Im Gegenteil - ich bin stolz, dagewesen zu sein."

Kommentar: (Heino Frerichs, 1. April 2018)

Dieter Reiter ist auch ein leidenschaftlicher Fan von Microsoft, was passiert da noch alles wenn, wie OB Christian Ude gemeint hat, „das nötige Fingerspitzengefühl“ nicht vorhanden ist?

Weit aus größere Vorteilsnahmen von einem Weltkonzern dürfen vermutet werden und dann gibt es 2020 die vorstehend zitierte stolze Verkündung von OB Dieter Reiter: seht was ich entgegen alle Vernunft doch geschafft habe!



Stadt München schätzt Kosten der Migration von Linux zu Windows

Die Stadt München kehrt dem eigens für die Stadtverwaltung entwickelten Linux-Client Limux den Rücken. Eine Kostenschätzung der Stadtverwaltung sieht die Ausgaben für Windows- und Microsoft-Office-Lizenzen nebst Softwareverteilung und Management-Aufgaben bei rund 30 Millionen Euro liegen.

Kommentar:

Niels Dettenbach, 26. März 2018

Damit zeigt die SPD, das sie der CSU in Selbstherrlichkeit und/oder Inkompetenz wohl kaum nachsteht. Ein Oberbürgermeister, der sich mal eben als „IT Experte“ outet...

Dabei ist ja kein Geheimnis, das nicht selten in der Politik landet, wer angesichts seiner Kompetenzen und Fähigkeiten auf freien Märkten eher marginale Chancen genösse...

Aber ausgerechnet ein technologisch wie konzeptuell völlig überholtes Betriebssystem

oder eher: „buntes Bild zum Anklicken“?!?

a la Microsoft Windows als „fortschrittlicher“ zu behaupten, grenzt schon an Sarkasmus, wobei ich nicht ausschließen würde, das er es tatsächlich ernst meint, weil er z.B. Laufwerksbuchstaben für ein „kritisches Feature“ hält, die es ja bekanntlich unter Linux bis heute „noch“ nicht gibt...

Das Volxparteilinge gewohnt sind, ihre Wählergewalt zu persönlichsten Zwecken meistbietend zu veräußern (womit ich nicht nur monetäre Gegenwerte meine), ist ja nicht neu – man darf mutmaßen, ob hier der „Arbeitgeberstandort München“ oder persönlichere Bauchpinseleien durch die obere M\$ Vertriebsstufe der „Idee“ Pate standen oder ob es tatsächlich nur die reine Inkompetenz, gepaart mit grober Selbstüberschätzung in IT Kompetenzen dahinter steht...

Petition: (Stopp Verschwendung von Steuergeldern)

München hat seit 2009 über 15000 Rechner auf ein freies und **lizenzkostenfreies** Betriebssystem umgestellt und damit nicht nur Geld gespart sondern auch lokale KMUs unterstützt, freie offene Standards eingesetzt, die **Sicherheit** erhöht und sich von einzelnen Anbietern (Microsoft) **unabhängig** gemacht.

AVAAZ.ORG
BÜRGERpetitionen

Das größte und wirksamste Kampagnen-Netzwerk für Wandel weltweit

Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (Rot-Schwarze Koalition): Keine Steuergelder für eine sinnlose und teure Rückmigration auf Windows



Bund der Steuerzahler sieht LiMux als Steuerverschwendung

11.10.2017 | Ferdinand Thommes | Meinung | 4 Kommentare



By: ScotXW Lizenz: GPL 2.0+

Zum Glück hatte ich noch nicht gegessen.

Da bezeichnet doch der Bund der Steuerzahler in seinem neuesten Schwarzbuch das Münchner LiMux-Projekt, anscheinend ungetrübt von jeglicher Sachkenntnis, als Steuerverschwendung.

So sieht es jedenfalls die Vize-Präsidentin des »Bunds der Steuerzahler Bayern e.V.«, Maria Ritch in [Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung 2017/2018](#). Der Bericht, der sich Aussagen der Stadt München, vertreten durch den Microsoft-Freund und ersten Bürgermeister Dieter Reiter (SPD) und dessen Vize Josef Schmid (CSU), ungefiltert zu eigen macht, gipfelt in folgendem Tenor:

»Das rund 19 Millionen Euro teure „LiMux“-Betriebssystem hat sich offenbar als folgenschwere Fehlentscheidung erwiesen. Pinguin, adieu! Die nunmehr beabsichtigte Entwicklung eines neuen Windows-Basis-Clients für die Münchner Stadtverwaltung wird weitere Steuergelder in Millionenhöhe verschlingen.«

Die Einstufung als Fehlentscheidung entspringt Aussagen der Stadtverwaltung wie dieser:

»Heute sind wir mit einer vornehmlich auf Linux ausgerichteten Clientlandschaft in vielen Fällen mit teilweise großen Schwierigkeiten und zusätzlichen Kosten konfrontiert, wenn es darum geht, professionelle Anwendungssoftware am Markt zu erwerben und zu betreiben. Wir sind bereits seit Jahren gezwungen, neben den Linux-Systemen auch Windowssysteme zu verwenden, da wir anderweitig unsere Geschäftsprozesse nicht geeignet unterstützen können. Auf Dauer führt dieser Zustand dazu, dass der Betrieb der nicht einheitlichen Clientlandschaft nicht mehr kosteneffizient gestaltet werden kann.«

Armer Pinguin

Der Pinguin ist also schuld. Wer sich etwas näher mit der Materie befasst, erkennt dass das Scheitern des auf [Debian](#) basierenden Projekts eher im Kompetenz Streitigkeiten dreier städtischer IT-Häuser begründet liegt. Anstatt einer Behörde die Zuständigkeit über die IT der Stadt München zu übertragen wird nun ein Projekt abgewickelt, das über 15 Jahre bereits Millionen an Steuergeldern eingespart hat.

Die Münchner Grünen forderten so auch im Januar 2016 in einer [Pressemitteilung](#)^{*)}, »die Zuständigkeit für die städtische IT in einer Stelle zusammenzufassen – bei einer Art CIO (Chief Information Officer) – anstatt sie auf drei „Häuser“ aufzusplittern.«

Die von der Stadt erwähnten noch benötigten Windows-Systeme belaufen sich in ihrer Gesamtheit auf rund 1.000 Stück. Dem gegenüber stehen 17.000 Linux-Clients.

Die verbliebenen Windows-Rechner dienen vor allem zur Durchführung von Fachverfahren, für die es unter Linux noch keine adäquate Entsprechung gibt. Anstatt hier entsprechende Software zu beauftragen wird lieber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Das Kind mit dem Bade ausschütten

Immer wieder wurde in den letzten Jahren klar, dass LiMux hier den Sündenbock darstellen soll für die Fehler einer IT ohne wirkliche Kontrolle und Entscheidungshoheit. Münchens IT-Beauftragter Kotulek bestätigte bei aller diplomatischen Zurückhaltung in einem von [c't](#) [geführten Interview](#) vor drei Jahren diesen Eindruck, dass nicht wirklich LiMux das Problem ist.

Beschwerden über die IT wird es in großen Behörden und Unternehmen immer geben. Davon abgesehen waren die Punkte, die die beiden Bürgermeister ins Feld führten wenig stichhaltig und zeigten Unkenntnis der zugrundeliegenden Techniken und deren Umsetzung in einem sicherheitsrelevanten Umfeld. Die von den Bürgermeistern vorgebrachten Probleme haben laut Kotulek »ursächlich nichts mit der Frage LiMux oder Microsoft zu tun«.

Extern, aber auch unabhängig?

Letztes Jahr wurde beschlossen, ein externes Gutachten solle klären, ob Münchens IT mit LiMux für die Zukunft gut aufgestellt sei. Extern ist gut, dann aber bitte auch unabhängig. Beim beauftragten Unternehmen [Accenture](#) ist die gebotene Neutralität jedoch nicht vorhanden, betreibt doch Accenture zusammen mit Microsoft das Unternehmen [Avanade](#), dessen Geschäftsmodell es ist, Microsoft-Produkte in Unternehmen und Verwaltungen zu etablieren.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Entsprechend mundgerecht fiel dann auch das [Gutachten](#) (PDF) aus. Mundgerecht für einen Bürgermeister Reiter, der sich selbst als Microsoft-Fan bezeichnet und damit brüstet, die Microsoft-Zentrale vom Umland in die Stadtmitte geholt zu haben. Obwohl die Analysten im Gutachten ebenso zu dem Schluss kommen, dass eher organisatorische als technische Gründe zu der beobachteten Unzufriedenheit führten – lediglich 50 – 60 Prozent der Mitarbeiter waren mit der IT zufrieden – führte dies jedoch nicht zu dem Schluss, LiMux weiter zu verbessern, während zeitgleich die organisatorischen Probleme angegangen werden. Nein, es soll ein neuer Windows-10-Client her.

Teure Rückmigration

Die Kosten hierfür sind bisher unklar. Im November soll die Lage im Stadtrat erneut erörtert werden. Klar sind jedoch die Lizenzkosten, die bei einer vollständigen Umstellung auf Windows 10 anfallen. Diese belaufen sich laut Gutachten auf rund sechs Millionen Euro für die Erstausrüstung plus mehr als eine Million Euro jährlich. Das schließt noch nicht die Kosten für die nötige neue Hardware ein, auf der Windows 10 lauffähig ist. Bisherige Schätzungen nennen dafür einen zweistelligen Millionenbetrag.

Wer verschwendet hier wirklich Steuergelder?

Ich bin weder Wirtschaftsprüfer noch habe ich BWL studiert. Ich kann mich jedoch bei vernünftiger Betrachtung der Fakten des Eindrucks nicht erwehren, dass das jetzt vorliegende Schwarzbuch des Bunds der Steuerzahler die Steuerverschwendung an der völlig falschen Stelle sieht. Der schwarze Peter gehört hier eher in die Hände der Stadtverwaltung, die ein Open-Source-Projekt, das Sicherheit und Transparenz bietet und weltweit Beachtung und Nachahmer fand, abschaffen will um es mit einer proprietären Lösung zu ersetzen, die den Obersten in der Stadtverwaltung und in der Microsoft-Zentrale genehm ist.

Kommentare:

I.) 12.10.2017, 14:58 Uhr: Ein Schelm wer Böses dabei denkt!

Meiner Meinung nach lagen die internen Schwierigkeiten der Abbildung der Geschäftsprozesse vor allem darin, dass in erster Linie immer nur Software dazu gekauft wurde. Hätte man von Anfang an in vernünftige Manpower investiert hätte man sich die benötigten Schnittstellen selbst bauen können und wäre nie auf externe Dienstleister angewiesen gewesen. Hoffentlich macht **Schleswig Holstein** es um einiges besser beim langfristigen Einsatz von freier Software

II.) 12.10.2017, 16:53 Uhr: Der Bund der Steuerzahler urteilt hier postfaktisch.

Allein das Faktum des Stadtratsbeschlusses macht LiMux nun zu einem gescheitertem Experiment, das auch noch Geld gekostet hat.

Die Kosten der jetzt angestrebten Umstellung auf MS werden völlig außer acht gelassen.

Seriös wäre es gewesen, LiMux mit den Kosten der EDV einer vergleichbaren Stadt zu vergleichen. Das Rechnen scheint beim Bund der Steuerzahler keine Rolle mehr zu spielen



Fraktion Die Grünen – rosa liste im Münchner Stadtrat

Die Schuld für die IT-Probleme nicht einfach Linux zuschieben

Dienstag, 19. Januar 2016

*) P R E S S E M I T T E I L U N G

Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. Florian Roth hat davor gewarnt, alle Schuld für die Probleme mit der städtischen IT beim Betriebssystem zu suchen.

„Wir halten Linux nach wie vor für die beste Lösung. Bei auftretenden Problemen stellt sich meist heraus, dass nicht das Betriebssystem sondern andere Faktoren verantwortlich sind.“

Dr. Roth erneuerte seine Forderung, die Zuständigkeit für die städtische IT in einer Stelle zusammenzufassen – bei einer Art **CIO (Chief Information Officer)** –

anstatt sie **auf drei „Häuser“** aufzusplittern.

Dr. Florian Roth: „Die bisherige Organisationsform lässt klare Strukturen und Verantwortlichkeiten vermissen, dies führt regelmäßig zu langwierigen Absprachen und zu Verzögerungen notwendiger Entscheidungen.“

Ich plädiere außerdem dafür, IT-Leistungen häufiger am Markt einzukaufen statt alles mit städtischen Bediensteten regeln zu wollen.

Auch eine andere Rechtsform für die IT-Dienstleistungen (Neugründung einer GmbH oder Aufgabenerweiterung einer bestehenden städtischen Gesellschaft) ist in Erwägung zu ziehen, denn dies könnte wegen der höheren Flexibilität bei der Personalgewinnung und einfacherer Ausschreibungsverfahren zu deutlichen Effizienzgewinnen führen.

Solange in den bestehenden Organisationsstrukturen so viele Reibungsverluste und so viel Ineffizienz angelegt sind, **hat die Diskussion über eine erneute** – und erneut Kosten aufwendige – **Migration auf ein anderes Betriebssystem wenig Sinn.“**

Ein Müllmann leistet für uns Bürger mehr als ein Referent

Felix Müller: „Reiter ließ sich vom FC Bayern einladen“; München 21. Juni

Wenn man die **Vorteilsnahme** eines Trinkgeldes zum Beispiel an einen Müllmann mit der **Vorteilsnahme** des Herrn Reiter vergleicht, ist das eine Diskriminierung der städtischen Angestellten.

Ab mehreren hundert Euro ist es keine **Vorteilsnahme** mehr und wird sogar vom Oberbürgermeister genehmigt.

Ein Müllmann leistet für uns Bürger mehr als ein Referent mit zehnfachem Gehalt. Trinkgeld dafür ist ein Dankeschön. Für was bedankt sich der FC Bayern bei Herrn Reiter?

Der ehemalige Bundespräsident **Wulff** ist hier ein Waisenknabe mit den zirka 350 Euro Übernachtungskosten für das Oktoberfest. Ein Ministerpräsident **Späth** musste wegen **Vorteilsnahme** zurücktreten. Wahlkampf hin, Wahlkampf her, die Ungerechtigkeit bleibt die gleiche. Es gibt Menschen, die sind gleicher als gleich.

Wenn man die Begründung der Obrigkeit liest, werden wir Bürger für dumm verkauft.

Friedrich Kraus München

Es irritiert mich sehr, wenn Sie das Verhalten von Wirtschaftsreferent und SPD-OB-Kandidat Reiter als **formal wohl korrekt** bezeichnen, insbesondere wenn man den Vergleich zu Ex-Bundespräsident **Wulff** zieht. Dieser wurde angeklagt, weil ein Unternehmer ihm eine Übernachtung in einem Hotel und die Bewirtung auf dem Oktoberfest gezahlt hat, wobei **Wulff** behauptet, von der Kostenübernahme im Hotel nichts gewusst zu haben.

Begründet wird die Anklage mit einer – vermuteten – **Verbindung zwischen Wulff** (damals Ministerpräsident von Niedersachsen) **und dem Unternehmer**. Bei Münchens Wirtschaftsreferent **Reiter** ist diese Verbindung noch viel deutlicher. Er ist in seiner Funktion Ansprechpartner für den FC Bayern München, er muss als Wirtschaftsreferent Entscheidungen für oder gegen den Verein treffen und genau von diesem Verein hat er sich nun einladen lassen zu einem mehrere tausend Euro teuren Trip zum Champions-League-Finale nach London.

Wenn **Wulff** wegen einer solchen – möglichen – Verbindung angeklagt wird, wie kann dann der ähnlich gelagerte Fall Reiter formal wohl korrekt sein, wobei die Summe, um die es hier geht, auch noch deutlich höher ist?

Und schließlich stellt sich die Frage, warum ein städtischer Müllmann kein Trinkgeld annehmen darf, während die teure Sause eines städtischen Spitzenbeamten vom obersten Dienstherrn, SPD-OB Ude, genehmigt wurde.

Gelten für Reiter die Antikorruptionsrichtlinien nicht?

Einladung des FC Bayern

Reiter: Staatsanwalt prüft London-Reise

Willi Bock, 21.06.2013 - 17:00 Uhr



Nachdem er sich vom FC Bayern hat einladen lassen, steht Dieter Reiter in der Kritik. Foto: Loeper/dpa (Fotomontage)

München Die Reiter-Affäre ist jetzt auch ein Fall für den Staatsanwalt: Sie hat Vorermittlungen eingeleitet. „Wir haben einen Prüfvorgang angelegt und werden uns die Unterlagen zukommen lassen“, bestätigte Oberstaatsanwalt Thomas Steinkraus-Koch gegenüber der Abendzeitung.

Es geht um die kostenlose London-Reise des städtischen Wirtschaftsreferenten und OB-Kandidaten Dieter Reiter (SPD). [Er war im Mai vom FC Bayern zum Champions-League-Finale nach London eingeladen](#)¹⁾ – und die Bayern haben alles bezahlt, inklusive Flug und Hotel.

Normalen städtischen Mitarbeitern ist das verboten.

Nach einer internen Anweisung von OB Christian Ude dürfen sich Referenten aber einladen lassen. Ude hat Reiter diese Reise genehmigt. Reiters Ehefrau war auch eingeladen – aber sie war nicht dabei. „Es stand nie zur Debatte, dass meine Frau mitfährt“, erklärte Reiter.

Die Staatsanwaltschaft wird das prüfen. „Es mag sein, dass Ude das genehmigt hat. Die Frage ist, ob es genehmigungsfähig war“, sagt der Oberstaatsanwalt zur AZ: „Das ist noch kein Ermittlungsverfahren. Wir überprüfen jetzt die Richtlinienlage der Stadt. Es wird geprüft, ob es **Vorteilsnahme** sein kann.“

Das bringt auch OB **Christian Ude** unter Druck. „Der Chef ist nervös“, hieß es am Freitag im Rathaus: Er hat unterschrieben, und es fällt auf ihn zurück. Darauf weist auch die CSU hin.

Ude erklärt selbst: „Dieter Reiter brauchte keine Zweifel an der Annahme der Einladung zu haben, da er die ausdrückliche Zustimmung des Dienstherrn hatte.“

Aber in welcher Funktion ist er mit der „persönlichen Einladung“ gefahren?

Der OB hat im Februar 2012 seinen Referenten schriftlich erklärt, dass für sie zwar auch das Annahmeverbot von Geschenken und Einladungen gelte. Aber: „Damit Sie Ihre herausgehobenen Aufgaben auch unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Gegebenheiten“ erfüllen könnten, dürften sie:

„übliche, angemessene Bewirtungen auf dienstlich veranlassten oder ... Veranstaltungen“

annehmen. Auch Reise-, Hotel- und Veranstaltungskosten dürften sie sich zahlen lassen.

Ude mahnt: „Dabei bitte ich Sie in Ihrem eigenen Interesse um Zurückhaltung und das notwendige Fingerspitzengefühl dafür, was sozialadäquat und vertretbar ist.“

Sollen Reiter oder die Stadt die Kosten übernehmen, wie manche fordern? Ude: „Es gibt keinen Grund, den Steuerzahler mit Kosten zu belasten, wenn dies aufgrund einer Einladung zugunsten des städtischen Haushalts vermeidbar ist. Häufig ist es sogar die Grundbedingung einer Genehmigung von Dienstreisen, dass die Kosten vom Veranstalter getragen werden.“

Ein professionelles Krisenmanagement war in den vergangenen Tagen nicht erkennbar. Es gab einige, die Reiter zur Offensive drängten. Manche im Rathaus fragen sich, ob er die nötige Sensibilität für den Bereich Compliance hat. Viele Beschäftigte sind sauer: „Wir müssen melden, wenn ein ‚Geschenk‘ mehr als 15 Euro wert ist. Bei jeder Einladung benötige ich das Okay des Chefs“, schreibt ein Mitarbeiter: „Stört mich nicht, denn alle sind gleich – nur manche sind gleicher.“

Dass ausgerechnet beim Saubermann Ude diese Affäre hochkocht, freut die CSU. „Die Affäre Reiter muss lückenlos aufgeklärt werden. Der Wirtschaftsreferent und der OB müssen Stellung beziehen.“ Es gehe schließlich „um das Vertrauen in die Integrität der Stadtverwaltung“, schreiben die Stadträte Hans Podiuk, Richard Quaas und Mechthilde Wittmann in einer Erklärung.

Der OB-Kandidat steht unter Druck. Jetzt kommt es darauf an, ob die Staatsanwaltschaft die städtischen Regeln gelten lässt.

¹⁾**von Silke Lode und Frank Müller**, 20. Juni 2013, 08:41 Uhr

... Dieter Reiter ist ein leidenschaftlicher Fan des FC Bayern München, daraus macht der Wirtschaftsreferent und OB-Kandidat der SPD keinen Hehl. Deshalb überraschte es zunächst nicht, dass nicht Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), seit Jahrzehnten ein Löwen-Anhänger, sondern Reiter nach London zum Champions-League Finale zwischen dem FC Bayern und Borussia Dortmund gefahren ist.

Doch wie die *Süddeutsche Zeitung* nun erfahren hat, hat Reiter sich vom FC Bayern zu weit mehr als dem Besuch im Wembley-Stadion am 25. Mai einladen lassen. Der SPD-Politiker bestätigt, dass ihm auch der Flug, die Übernachtung und die Feier nach dem Spiel von dem Fußballklub bezahlt worden sind. Reiter sei nicht als offizieller Vertreter der Stadt nach London gereist, heißt es aus dem Wirtschaftsreferat - sondern auf persönliche Einladung. ...